

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

Betreff

wie umstehend

Chiemseehof

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

Datum

2428

01. JUNI 1987

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landeregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	20. GE 87
Datum:	3. JUNI 1987
Verteilt	5. JUNI 1987 <i>Reichbauer</i>

H. G. Wagner

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
DDr. Krohn
Landesamtsdirektor-Stellvertreter

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundeskanzleramt/
Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

Datum

0/1-161/56-1987

2428/Dr. Hammertinger 1.6.1987

Betreff

Novellierung des Bundes-Personalvertretungsgesetzes; Stellung-
nahme

Bzg.: Do. Zl. 921.092/1-II/A/6/87

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Der gegenständliche Entwurf ist am 13. April 1987 beim Amt der
Salzburger Landesregierung eingelangt. Das Ende der Begutach-
tungsfrist war mit 24. April 1987 fixiert. Die Abgabe einer
fundierten Stellungnahme innerhalb einer derart kurzen Frist
erscheint schlechthin unmöglich. Es wird daher nachdrücklich
ersucht, anlässlich künftig durchzuführender Begutachtungsver-
fahren jeweils eine angemessene Frist für die Abgabe von Stel-
lungnahmen einzuräumen.

Zum Entwurf selbst wird festgestellt:

Gemäß § 42 des Bundes-Personalvertretungsgesetzes finden die
Bestimmungen der Abschnitte I bis IV grundsätzlich auch auf
landwirtschaftliche Landeslehrer Anwendung. Änderungen des
Bundes-Personalvertretungsgesetzes betreffen damit direkt das
Beziehungsverhältnis des Landes als Dienstgeber einerseits und
der Personalvertretung für landwirtschaftliche Landeslehrer
andererseits.

- 2 -

Das Mitwirkungsrecht der Personalvertretung bei der Erstellung von Grundsätzen über die Gewährung von Belohnungen, Vorschüssen und Aushilfen wird als zweckmäßig erachtet. Die Mitwirkung der Personalvertretung bei der Vergabe von Vorschüssen und Aushilfen (Art. I Z. 6 des Entwurfes) greift jedoch zweifelsohne zu weitgehend in die Dienstgeberkompetenzen ein.

Die Bestimmung des § 9 Abs. 3 lit. f (Art. I Z. 9 des Entwurfes) sollte überhaupt entfallen.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

Edelmayer
Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor